



Prof. Dr. Ludwig Erhard
4. Februar 1897 – 5. Mai 1977.
Deutscher Politiker (CDU).
Kaufmännische Lehre, Studium der Betriebswirtschaft, Nationalökonomie und Soziologie. 1942 Leiter des Instituts für Industrieforschung in Nürnberg. Nach dem Krieg Wirtschaftsberater der US-Militärregierung. 1945 Bayerischer Minister für Handel und Gewerbe, 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Seit 1949 Mitglied des Bundestages, 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, 1957–1963 Vizekanzler, 1963–1966 Bundeskanzler, 1966–1967 Vorsitzender der CDU. «Vater» der sozialen Marktwirtschaft.

Professor Dr. Ludwig Erhard

Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Frankfurt/Main

«Die neue Marktwirtschaft»

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Ausführungen die Tatsache voranstellen, dass nach meiner festen Überzeugung die Marktwirtschaft nur dann und solange eine ökonomische und sittliche Rechtfertigung besitzt, als sie mehr und besser als jede andere Form der menschlichen Gesinnung und des menschlichen Wirtschaftens der sozialen Wohlfahrt unseres ganzen Volkes dient. Wenn Sie im Streit der Parteien oft wohl auch die Meinung hörten, als ob ich gewissermaßen der Vertreter und der Schützer ganz bestimmter Wirtschaftsinteressen, bestimmter wirtschaftlicher Gruppen wäre, so möchte ich hier mit aller Eindeutigkeit das richtigstellen und bekunden, dass das ein völliger Irrtum ist, dass ich mir bewusst bin, dass man in unserer Zeit, überhaupt aber unter der besonderen Notlage unseres deutschen Volkes eine richtige Wirtschaftspolitik nur dann treiben kann, wenn gerade der Masse des Volkes und vor allen Dingen den notleidenden Schichten ein Optimum an Bedarfsgütern gesichert wird. Wir haben erfahren, dass man über die Mittel, Wege und Methoden verschiedener Meinung sein kann. Das ist im letzten Halbjahr sehr oft deutlich geworden und hat, möchte ich sagen, dem politischen Geschehen unserer Zeit ihr besonderes Gepräge gegeben. Ich beklage mich auch darüber gar nicht, ich könnte nicht annehmen und will auch weiter nicht annehmen, dass nun etwa alle Menschen einer Meinung sein würden über das, was der Gesamtheit unseres Volkes frommt. Das wäre nicht nur langweilig, sondern es wäre auch denkbar undemokratisch. Aber etwas ist, glaube ich, ebenso notwendig, nämlich anzuerkennen, dass eines Mannes Wort so aufgefasst werden muss, wie es gesprochen ist. Und was auch meine Gegner an Kritik vorzubringen haben, in einem möchte ich mich aller Entschiedenheit zur Wehr setzen, nämlich dass ich der Syndikus irgend einer Gruppe, der Vertreter eines besitzenden Bürgertums oder etwas dergartiges bin. Meine Wirtschaftspolitik dient keinen Gruppen, keinen privaten Interessen, sondern ist und will ausschließlich ausgerichtet sein auf das Wohl der Gesamtheit.

Nach dieser Einleitung können wir nicht darauf verzichten, die Dinge im historischen Ablauf zu betrachten. Wir waren uns alle bewusst, dass in dem Augenblick der Währungsreform und der damit anhebenden neuen Wirtschaftspolitik – diesen entscheidenden Kurswechsel, den wir getan haben – wir uns gleichzeitig bewusst waren, dass wir hier mehr tun, als nur etwa einen Eingriff in das wirtschaftliche Leben unseres Landes, sondern dass das eine Maßnahme bedeutet, die unser gesamtes gesellschaftliches und politisches Sein in stärkstem Maße beeinflusst. Wir standen vor der Entscheidung, ob wir die bis dahin bestehenden Zustände aufrecht erhalten sollten, d.h. ob wir die Kluft zwischen Staat und Volk mit in eine neue Zukunft hinübernehmen wollten, ob wir weiter die Menschen in der Frohn einer seelenlosen Bürokratie verhaftet lassen sein sollten oder ob wir nicht endlich diese Kluft zu überbrücken trachten sollen und einen Staat und eine Gesellschaft aufbauen, in der der Staat nicht nur die Zuchtrute der Menschen, sondern der inkarnierte Wille des Volksganzen bedeutet.

Meiner Ansicht nach konnte die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. So selbstverständlich es auch war, dass die Art der Währungsreform von maßgebendem Einfluss auf den weiteren Ablauf der wirtschaftlichen Ereignisse sein musste. Sie wissen, dass wir vor der Währungsreform in einem besonderen Sachverständigengremium, der Sonderstelle Geld und Kredit, der ich vorzustehen die Ehre hatte, deutsche Vorschläge zu der Währungsreform entwickelten, die in manchen wesentlichen Punkten von der Regelung abwichen, die von den alliierten Autoritäten getroffen wurde. Ich persönlich habe immer den Standpunkt vertreten, dass die scheinbar härteste Währungsreform

zugleich die sozial wohlthätigste wäre, denn je stärker wir den Anspruch aus alter Kaufkraft auf dem Markt ausschalteten, desto bessere und größere Gewähr war gegeben, dass nach der Währungsreform das aus produktiver Arbeit entstehende neue Einkommen am Markt der Güter honoriert werden wird. Nun, gewusst haben wir ja alle in diesen entscheidenden Wochen des Juni 1948, was uns die neue Währungsreform bringen wird. Wir konnten also wohl ermessen, welches Geldvolumen mobilisiert wird. Aber was wir nicht wussten, das war der Umfang unseres Sozialprodukts, also die Masse der Güter, die der neu entstehenden Kaufkraft aus der Währungsreform als Deckung gegenüber stand. Es wäre nach meinem Dafürhalten ein völlig unnützes und unmögliches Beginnen gewesen und hätte nur die Verwaltungsbürokratie in eine unmögliche Situation gebracht, wenn man etwa zu diesem Zeitpunkt den Versuch gemacht hätte, die mit der Währungsreform geschaffene Kaufkraft in der Größenordnung von etwas über zehn Milliarden Mark in den Rahmen der Bewirtschaftung zu nehmen und dafür Bezugsrechtsansprüche auf das Sozialprodukt auszustellen, auf ein Sozialprodukt, von dessen Umfang und Zusammensetzung wir wenig oder gar nichts wussten. Wir hatten nicht annehmen können nach den bis dahin gemachten Erfahrungen, dass dieser Prozess auch nur einigermaßen reibungslos vonstatten gegangen wäre, und deshalb haben wir zu dieser Zeit einer freieren Marktwirtschaft Raum gegeben. Ich sage «freiere Marktwirtschaft», denn dessen war ich mir selbstverständlich auch bewusst, dass uns von einer Freiheit im liberalen Sinne noch sehr viel trennt, und dass es zunächst nur darauf ankomme, anstatt einer behördlichen Plan- und Befehlswirtschaft marktwirtschaftliche Funktionen zur Anwendung zu bringen. Ich war mich auch bewusst, dass wir nicht von heute auf morgen aus einem völlig chaotischen Zustand etwa in eine völlig gesunde Wirtschaft hineingehen konnten. Ich glaube aber, das konnte nach menschlichen Ermessen auch niemand erwarten, und ich muss sagen, meine Kritiker schätzen wohl meine Fähigkeiten all zu hoch ein, wenn sie mir jetzt gewissermaßen zur Last legen, dass nicht alles völlig reibungslos vor sich gegangen ist, dass noch auf vielen Gebieten Spannungen auftreten. Wir wussten also: Wohl zehn Milliarden Kaufkraft werden in kurzer Zeit mobilisiert werden und auf dem Markt Nachfrage heischen, aber wir wussten nicht, wie groß dieses Sozialprodukt war. Sie wissen ja auch, dass mir immer wieder der Vorwurf gemacht wurde und zum Teil noch gemacht wird, dass ich mich vor der Währungsreform der Auflösung unserer volkswirtschaftlichen Lagerreserven widersetzt habe, und dass ich deshalb gewissermaßen zum Schutzheiligen der Horter gestempelt wurde. Ich habe auch das auf mich genommen, obwohl ich mit jedem anständigen Menschen selbstverständlich der Meinung bin, dass jede Hortung weder moralisch zu rechtfertigen noch zu vertreten oder zu tolerieren ist. Aber ich glaube, man musste die Dinge hier grundsätzlicher betrachten, und ich jedenfalls war der Überzeugung und bin es heute fast noch mehr, was wir nichts Gefährlicheres machen konnten, als etwa vor der Währungsreform dem Ratschlag vieler Kreise zu folgen und noch die letzten Lagerreserven daranzugeben, um manchem Menschen eine billige Bezugsmöglichkeit zu verschaffen. Das hätte ich jedem Einzelnen gern gewünscht, aber nach meiner Überzeugung konnte die Währungsreform nur gelingen, wenn die mit ihr geschaffene Kaufkraft nicht auf einen entleerten Markt aufgeprallt wäre, sondern wenn diese Kaufkraft in möglichst vollkommenem Maße Deckung gefunden hätte. Aus dem Grunde habe ich mich widersetzt und ich muss meine Kritiker fragen – so schön es gewesen wäre, wenn man vor der Währungsreform den Menschen, die noch Reichsmark im Besitz hatten, eine Konsummöglichkeit hätte schaffen können – ob dieser Vorteil etwa größer gewesen wäre, als der Nachteil, der daraus entstanden wäre, wenn mit der Loslösung von zehn Milliarden D-Mark, von der unser Volk annehmen musste, dass sie güterwirtschaftlich gedeckt ist, und dass wir mit der neuen Währung auch tatsächlich wieder ein gesundes Geld erhalten, diese Kaufkraft ins Leere gestoßen wäre und damit unser neues Geld bereits in den Ansätzen entwertet und die ganze Aktion zum Scheitern verurteilt hätte. Ich glaube, die Antwort darauf kann nicht zweifelhaft sein, und es hat sich denn in der Folgewirkung auch tatsächlich gezeigt, dass eben unser

Güternvorrat, das verkaufsreife Sozialprodukt unserer Volkswirtschaft, nicht ausgereicht hat, um diese Fülle von Kaufkraft ohne Preissteigerungen zu absorbieren. Wenn es heute so dargestellt wird, als ob die Preissteigerung gewissermaßen eine Folgewirkung unserer spezifischen Wirtschaftspolitik gewesen wäre, d.h. also der Aufhebung der Bewirtschaftung und der Aufhebung des Preisstopps, so ist das eine völlige Illusion. Tatsächlich standen wir nur vor der Wahl: Entweder den Zustand der Preisstoppinflation fortbestehen zu lassen, also das Phänomen der überschüssigen Kaufkraft aufrecht zu erhalten mit der Wirkung, dass sich diese Kaufkraft natürlich durch keine Behörde und durch kein Amt hätte in Fesseln legen lassen, sondern nur bewirkt hätte, dass die Waren von den legalen Märkten abgezogen worden wären und eben auf dem Schwarzen Markt, in die Kompensation usw. verliefen, unter den Ladentisch und als Zeichen der preisgestoppten Inflation fortbestanden hätte, oder ob wir den Mut hatten, endlich nach 15 Jahren zwangsweise gestörter Wirtschaft endlich wieder einer organischen Entwicklung Raum zu geben. Vor diese Entscheidung gestellt, habe ich die Verantwortung übernommen, und ich trage sie heute noch ganz bewusst und ausdrücklich vor dem deutschen Volke, der Freiheit und einer organischen Entwicklung Raum gegeben zu haben. Es ist ja eine völlige Illusion, anzunehmen, dass diese Entwicklung, insbesondere die Preisentwicklung nach der Währungsreform, losgelöst betrachtet werden könnte von der Währungsreform.

Nehmen Sie an, man hätte statt der fünfprozentigen Freigabe, die wir erreicht haben, den ursprünglichen alliierten Plan befolgt und zehn Prozent freigegeben, d.h. also noch mehrere Milliarden Mark Kaufkraft geschaffen, dann wird wohl jedem deutlich sein, dass dieses Mehr an Kaufkraft noch eine weitere Preissteigerung zur Folge gehabt hätte. Denn entweder wir hätten die Zwangswirtschaft beibehalten mit allen nachteiligen Folgen, die wir kennen, oder aber wir haben den Mut, einer organischen Entwicklung Raum zu geben, und dann wäre die Preissteigerung unvermeidlich. Was auch immer vom subjektiven Standpunkt aus gesagt werden mag, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt handelt es sich um eine folgerichtige Wirkung. Das einzige, was bei diesem Prozess zu beklagen ist, dass es nicht in der gleichen Zeitphase möglich war, die durch den Angleichungsprozess entstehenden Gewinne der steuerpolitischen Wege abzuschöpfen. Aber die Preissteigerungen als solche sind unabdingbar gewesen.

Im übrigen darf man eines nicht vergessen: Ein Teil der vorgekommenen Preissteigerungen ist nicht allein auf die Währungsreform zurückzuführen, sondern hat sehr reale Ursachen. Sie wissen, dass wir vor der Währungsreform Milliardenbeträge von Subventionen z.B. für die Förderung von Kohle, für die Produktion von Eisen und Stahl hingaben. Das hat unter der Reichsmark praktisch keine Rolle gespielt. Aber es wäre selbstverständlich völlig unmöglich gewesen, nach der Währungsreform etwa die öffentlichen Haushalte mit Milliardenbeträgen von Subventionen zu belasten. Nun wird mir jeder, der Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse hat, zugeben, dass es für den Lebensstandard eines Volkes im Durchschnitt keinen Unterschied bedeutet, ob er entsprechende Mehrleistungen an Steuern für die öffentlichen Haushalte zur Deckung von Subventionen diese entrichtet oder ob er diese notwendigen Lasten unmittelbar in höheren Preisen trägt.

So gesehen, war also ein Teil der Preissteigerungen sehr real bedingt und es ist nur zu beklagen, dass man vor der Währungsreform nicht den Mut zur Konsequenz fand, um diese Preisberichtigungen vorzunehmen. Und wie das bei den Subventionen im innerdeutschen Prozess gewesen ist, so verhielt es sich bei den Subventionen beim Import von ausländischen Rohstoffen. Meine Damen und Herren! Wenn wir Baumwolle und andere Produkte, insbesondere Rohstoffe, die gerade für die Konsumgüterwirtschaft von Bedeutung sind, zu den alten deutschen Stopp-preisen von 1936 abgerechnet haben, dann hat das nicht bedeutet, dass wir sie etwa vom Ausland so billig bekamen, sondern dass wir sie auf irgend eine andere Weise durch Zuschüsse und Verrechnungskassen verbilligten. Aber diese Subventionen fallen ja nicht vom Himmel, sondern belasten den Geldbeutel jedes einzelnen Staatsbürgers. Wenn wir bis dahin die Baumwolle etwa um 1,15 in die Spinnereien einschleusen

und nachher für 3,20, so bedeutet das selbstverständlich, auf das Produkt gerechnet, eine Verteuerung, aber im Ganzen doch keine Verkürzung der Lebenshaltung. Ich sage also, die Preissteigerungen waren notwendig, wenn wir nicht in dem Zustand der preisgestoppten Inflation verharren wollten und damit endlich die vom deutschen Arbeiter produzierten Waren nicht in dunklen Kellern verschwinden, sondern tatsächlich auf die legalen Märkte gelangen. Dieser Entwicklung, von der ich im Ganzen glaube, dass sie segensreich war trotz der Preissteigerungen, haben wir durch die neue Wirtschaftspolitik die Wege geebnet oder erst eröffnet.

Es kam also darauf an, das deutsche Preisniveau anzugleichen, erstens dem Geldvolumen und über den 30-Cent-Umrechnungskurs auch dem internationalen Preis-Standard. Wer von Ihnen Gelegenheit hatte, in der letzten Zeit ins Ausland zu kommen – ich war in der Zwischenzeit in fünf Ländern – der kann feststellen, dass dort ebenso wie bei uns die Preise nominell eine sehr starke Erhöhung erfahren haben. Es ist also gar nichts Zufälliges und gar nichts Willkürliches, wenn auch das deutsche Preisniveau sich im Standard erhöht. Aber die Preise sind selbstverständlich nur eine Seite eines sozialen Vorganges und man kann dabei die Einkommenseite nicht vernachlässigen. Ich gebe gern zu, dass bei diesem Preisangleichungsprozess die Besitzer von Waren auf der Sonnenseite lagen, die Konjunktur für sich in Anspruch nehmen konnten, während alle Bezieher von Normaleinkommen, insbesondere von Lohn und Gehalt, befürchten mussten, dass ihre reale Kaufkraft immer mehr ausgehöhlt würde. Ich glaube, dass die sozialen und politischen Störungen und Spannungen gar nicht einmal so sehr auf dem absolut geringen Lebensstandard des Einzelnen beruhen, obwohl ich nicht etwa behaupten möchte, dass er als ausreichend bezeichnet werden kann oder etwa dem Grad unserer volkswirtschaftlichen Produktivität entspricht.

Aber sicher scheint mir doch zu sein, dass auf der einen Seite die Unsicherheit bei diesem dynamischen Prozess die Gemüter stark beunruhigt hat, und ich habe dafür volles Verständnis. Ich kann nicht von allen Menschen verlangen, dass sie nationalökonomische Einsichten besitzen und dem Vorgang mit der inneren Ruhe begegnen, dass sie sich sagen, es handelt sich um eine einmalige Angleichung an einen neuen Standard, und im Rahmen dieses Prozesses wird dann notwendig ein optimales Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herbeigeführt werden. Das wäre wirklich zuviel verlangt, und ich weiß es zu würdigen, wenn viele Menschen in ihrer Lebensangst annehmen, dass eine Entwicklung anhebt, die in eine Inflation einmündet.

Der Prozess wäre weniger bedenklich gewesen, wenn man gleichzeitig diese Angleichungsgewinne, wie man sie nennen könnte, zugunsten des Reiches hätte abschöpfen können. Das bedeutet keinen Vorwurf gegen die Finanzminister oder gegen die Finanzverwaltung überhaupt, denn wo die Staatsautorität so ungeheuer stark gelitten hat, weil sie durch die zwölf Jahre ständig missbraucht wurde, kann man das nicht verlangen. Aber nicht eben der absolut geringe Lebensstandard, sondern der Unterschied in der Lebenshaltung und der Lebensform, hat dieses starke soziale Ressentiment hervorgerufen, und es kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden die brutale Zügellosigkeit, mit der sich in dem letzten halben Jahr ein Luxus offenbarte, der ganz bestimmt nicht aus ehrlichem Einkommen gedeckt werden konnte. Bei den heutigen Steuerprogressionen wäre ein solcher Unterschied in der Lebenshaltung nicht begreiflich und nicht erklärbar. Und es ist nur verwunderlich die Zügellosigkeit, mit der sich eben diese Differenzierung der Lebenshaltung offenbart. Ich glaube, dieser Zwangslage haben wir es zuzuschreiben, dass die politischen Spannungen stärker in Erscheinung traten als es der Wirklichkeit entsprach. Ich bin mir bewusst, dass wir uns vom Standpunkt der Wirtschaftspolitik nicht etwa mit diesem sich dynamisch entwickelnden Zustand zufrieden geben können, nicht etwa auf den Lorbeeren ausruhen dürfen, weil es uns gelungen ist, nicht zuletzt auch mit Hilfe unserer deutschen Arbeiterschaft, die produktiven Kräfte unserer Volkswirtschaft wesentlich zu steigern, und zwar in einem Ausmaß, der uns wohl zu Optimismus berechtigt. Sie wissen, dass wir mit einer gleichen Zahl von Beschäftigten unsere Produktion im Durchschnitt seit der Währungsreform um mehr

als 50 Prozent gesteigert haben, dass aber und gerade in wesentlichen Zweigen der Verbrauchsindustrie Produktionssteigerungen von 100 Prozent und mehr zu verzeichnen sind.

So sehr ich auf der einen Seite geißele, dass im Zuge dieses Prozesses soziale Spannungen in Erscheinung getreten sind, die nicht auf redlicher Grundlage beruhen, so unwahrhaftig ist es natürlich auf der anderen Seite, von einer Verschlechterung des Lebensstandards des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit zu sprechen. Aber ich weiß auch, dass nicht der absolute Standard den Ausschlag gibt, sondern dass in einer Gesellschaftswirtschaft die Relationen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Es wäre nach meiner Überzeugung falsch gewesen, wenn wir etwa den Versuch unternommen hätten, bei den ersten Preissteigerungen in einer gewissen Hysterie daran zu gehen, sofort wird er nach dem Preiskommissar zu rufen oder gar wieder nach der Bewirtschaftung, um eine scheinbar gefährliche Entwicklung abzdämmen. Meine Damen und Herren, das bedeutet ein Herumkurieren an den Symptomen. Ich möchte das besonders sagen, da ernsthaft gewisse Bestrebungen laut geworden sind, ein eigenes Preisamt ins Leben zu rufen. Zwar ist in dieser Woche ein derartiger Antrag im Wirtschaftsrat abgelehnt worden, aber ich weiß genau, dass die Stimmen wohl nicht vollständig damit überdeckt sind und dass in der nächsten Zukunft man immer noch über das Problem eines Preisamtes diskutieren wird, was praktisch nichts anderes bedeuten würde als dem Ruf nach einem Preiskommissar neue Nahrung zuzuführen. Ich persönlich bin ein ausgeprochener Gegner dieses Plans und habe mich bisher erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt. Sie können zwar an den Preisen herumkurieren. Sie können zwar durch ein Staatsdekret die Preise in ihrer Gesamtheit scheinbar auf einen gewissen Stand binden, aber was Sie damit mit ebenso großer Sicherheit erreichen, ist, dass die Ware wieder vom Markt verschwindet, und das darf unter gar keinen Umständen sein. Ich werde mich gerade aus sozialen Gründen bis zum Letzten dagegen wehren, dass in unserer Wirtschaft eine solche Entwicklung Platz greift. Ich glaube, wir haben Beispiele genug, wohin eine solche Politik führt. Wir müssen den Mut haben, diesen Preisangleichungsprozess sich durchführen zu lassen, und erst dann, wenn wir dahin kommen, werden wir wieder mit einer gewissen Stabilität unseres Preisgebäudes rechnen können. Dann können wir daran gehen, das eigentliche soziale Problem einer optimalen Relation zwischen Einkommen, insbesondere zwischen Löhnen und Gehältern und Preisen zu regeln. Aber es hieße wirklich den Gaul am Schwanz aufzuzäumen, wenn man jetzt daran gehen würde, einen künstlichen Druck auf die Preise zu erzielen, insbesondere dann, wenn man dieses Verfahren für die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Preisbildung zur Anwendung bringen wollte. Wir werden nachher bei der Betrachtung des Jedermannprogramms sehen, dass man sehr wohl regulierend und heilend eingreifen kann, ohne damit einen Verrat an der Marktwirtschaft oder an den marktwirtschaftlichen Prinzipien zu begehen.

Wir haben uns kurz nach der Währungsreform im deutschen Volk mit besonderer Vorliebe über die Eierpreise unterhalten, wie sie so auf 60, 70 Pfennig heraufgingen, und hier hat man tatsächlich die Nerven verloren und glaubte, das Übel damit zu heilen, dass man den Eierpreis auf 30 Pfennig festsetzte. Seit der Zeit hat das deutsche Volk keine Eier gesehen, und braucht sich folgerichtig nicht mehr über die Eierpreise zu unterhalten. Aber ich möchte wirklich nicht auch dazu beitragen, dass in der gewerblichen Wirtschaft eine ähnliche Entwicklung Platz greift, und ich werde mich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, dass man wieder einen Preiskommissar mit mechanischen Eingriffen installiert.

Die Preise sind nur Symptom eines volkswirtschaftlichen Prozesses und nicht die Ursache, als wenn man etwa von einem Dampfkessel das Manometer abschrauben wollte, um der Gefahr einer Explosion zu begegnen, oder als ob man in einem kalten Zimmer das Streichholz unter das Thermometer hält, um das Gefühl zu haben, dass es warm ist. So primitiv liegen die Verhältnisse nicht. Wir müssen das Übel an der Wurzel heilen, und ich glaube, nach dieser Richtung haben wir einiges getan, wie die Zunahme der Produktion um mehr als 50 Prozent beweist. man kann noch mehr tun.

Wir können mit absoluter Beruhigung unserer wirtschaftlichen Entwicklung entgegensehen. Und ich möchte sogar meinen und werde mich bemühen, es Ihnen darzulegen, dass der Konsolidierungsprozess unserer Wirtschaft bereits sehr weit fortgeschritten ist. Was hat sich denn ereignet? Nach der Währungsreform ist der Normalverbraucher und damit jeder, der vorher vom Konsum ausgeschaltet war, mit einer ungeheuren Fülle und Dringlichkeit auf den Markt geprallt, und jeder wollte nun nützliche Dinge kaufen. So kam es, dass diese neue Kaufkraft in starker Massierung und Zusammenballung zunächst ausschließlich auf die Konsummärkte strömte und dort, sowohl im Bereiche der Industrie wie auch des Handels, ein ungeheures Maß an Liquidität und Geldflüssigkeit hervorgerufen hat. Diese Geldflüssigkeit war so groß, dass die dort angesammelten Beträge viel reichlicher waren, als es erforderlich gewesen wäre, um die anfallenden Löhne und Gehälter oder den Bezug von neuen Rohstoffen zu finanzieren. So kam es insbesondere in der ersten Zeit zu den konsumtiven Exzessen, d.h. diese zehn Milliarden Kaufkraft wurden durch die Massierung in einem Teil auch ein zweites und drittes Mal konsumtiv angelegt und haben dann zu diesen uns bekannten Steigerungen der Preise beigetragen. Wirtschaftlich handelt es sich um den Angleichungsprozess. Oder können wir heute annehmen, dass diese Dynamik in dieser Form andauert oder zeigen sich bereits die Merkmale der Heilung? Das letztere ist zweifellos der Fall.

Ich muss hier noch eines ins Gedächtnis zurückrufen, was in unserer schnelllebigen Zeit nur allzu leicht und allzu gern vergessen wird: Vor der Währungsreform haben sich alle Menschen darüber unterhalten, was sie wohl bringen wird in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht, und je nachdem waren sich fast alle mehr oder weniger darüber einig, dass eine stärkere Arbeitslosigkeit unvermeidbar sein würde.

Man schätzte sie zwischen eine bis fünf Millionen Menschen. Nun wissen Sie alle, dass dieser Kelch an unserem Volk vorüber gegangen ist, aber kein Mensch macht sich wohl eigentlich Gedanken darüber, wie dieses scheinbare Wunder zustande kam. Hätten wir mit der Währungsreform eine Gelddosierung gehabt, die dem Umfang unseres Sozialproduktes entsprochen hätte, dann wäre zweifellos diese Arbeitslosigkeit unvermeidbar gewesen, denn ein Abstrich von 95 Prozent des Geldkapitals hat in der deutschen Volkswirtschaft so gut wie eine völlige Vernichtung des für Investitionszwecke bereitgestellten Kapitals zur Folge gehabt. Die übriggebliebenen fünf Prozent, die noch nicht einmal immer sofort greifbar waren, konnten bestenfalls benutzt werden als Betriebsmittelfonds zur Auszahlung erster Löhne und Gehälter, und unseren dringlichsten Bedarf an Rohstoffen. Niemals konnten sie im Durchschnitt oder in der Mehrzahl der Fälle ausreichen, um etwa Investitionen durch Beschaffung von Maschinen oder die Fortführung von Bauvorhaben zu finanzieren. Und es waren Wochen ernster Sorge, wo wir immer den Kapitalgütersektor unserer Wirtschaft und die Investitionswirtschaft besonders im Auge hatten, um zu sehen, was sich dort vollziehen wird. Nach einer gewissen labilen Situation merkten wir sehr bald, dort ereignet sich eigentlich gar nicht das Erwartete, das Befürchtete. Sie wissen ja, heute ist die Produktionsmittelwirtschaft und die Investitionswirtschaft ebenso gut beschäftigt wie die Konsumgüterwirtschaft. Wie kommt dieses immerhin merkwürdige Phänomen zustande? Einfach dadurch, weil diese Massierung von Kaufkraft in der Konsumgüterindustrie so außerordentlich groß gewesen ist, weil die Geldflüssigkeit so ungeheuer war, dass der Becher überschäumte und dadurch auch die Produktionswirtschaft befruchtet wurde. Man hat die Annullierungen von Aufträgen von Tag zu Tag wieder zurückgezogen, unterbrochene Bauvorhaben weitergeführt. Die erste Sorge, dass niemand Geld hat, hat sich zerstreut. Man hat wieder gesehen, dass die Dinge weitergehen, und so kam es also, dass diese Massierung sich mehr und mehr aufgelöst hat. Auch das Handwerk, die bäuerliche Wirtschaft haben etwas von diesem Segen der Währungsreform abbekommen, sodass wir heute feststellen: Diese zehn Milliarden Kaufkraft sind über die gesamte Breite unserer Volkswirtschaft zerstreut, die Massierung ist aufgelöst, die übergroße Flüssigkeit beginnt sich zu zerstreuen, und damit wird auch dem mit der Währungsre-

form neugeschaffenen Geld der spekulative Charakter mehr und mehr entzogen. Durch die höhere Beschäftigung in allen Zweigen unserer Wirtschaft werden bei den Unternehmungen immer mehr Mittel als Betriebskapital gebunden, es werden höhere Löhne und Gehaltszahlungen fällig durch die Auflösung der Subventionen im Rohstoffsektor und größere Mittel zur Finanzierung des Materials erforderlich, also kurz und gut, jedes einzelne Unternehmen bedarf ein Mehr an Betriebskapital, um die laufenden Anforderungen aus dem Betrieb heraus decken und finanzieren zu können. Und wenn Sie dazu noch in Rechnung stellen die Preissteigerungen, die selbstverständlich auch eine gewisse Verdünnung der Kaufkraft mit sich gebracht haben, können wir im Ganzen immerhin die Wahrnehmung machen, dass von der ursprünglichen und ersten übermäßigen Liquidität und Geldflüssigkeit immer weniger übrig bleibt. Und wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, um nur einen Blick auf den Geld- und Kapitalmarkt unseres Landes zu werfen, so kann man feststellen, dass die Nachfrage nach Krediten häufiger und breiter und dringlicher wird. Alles ein Beweis dafür, dass man mit dem durch die Währungsreform ausgestreuten Geld auf dem Konsumgütermarkt nicht mehr allzuviel Unfug stiften kann. Ich bin weit entfernt, Ihnen vorreden zu wollen, als ob schon alles zum Besten bestellt wäre, aber immerhin, dieser Prozess ist nicht von mir konstruiert, sondern entspricht dem Spiegelbild unserer Wirtschaft, und was sich hier dartut, ist effektiv eine Gesundung und Konsolidierung. Dieser Prozess ist für mache Berufsteile, wie ich schon eingangs sagte, mit einer gewissen Benachteiligung oder Verkürzung des Realeinkommens verbunden, und wir haben uns schon frühzeitig Sorge gemacht; wie kann man, ohne in die gesunde Dynamik der Wirtschaft einzugreifen, hier trotzdem Schutz bieten für diejenigen, denen wir nicht sofort einen gerechten Anteil am Sozialprodukt zubilligen können. Denn ich möchte hier mit aller Deutlichkeit sagen, man kann die Einsicht der Gewerkschaften und die Disziplin unserer Arbeiterschaft, nicht auch gleichzeitig mit Lohnerhöhungen zu kommen und bei diesem Preisangliederungsprozess nun noch weitere neue Faktoren wirksam werden zu lassen, nämlich von der Lohnseite her – die Disziplin kann man nicht hoch genug anerkennen – und sie erleichtert uns wesentlich die Gesundung unserer Wirtschaft. Aber wenn man schon hier einsieht, dass mit Lohn- und Gehaltserhöhungen das Übel nicht zu heilen ist, dann obliegt uns doch auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass eine optimale Konsummöglichkeit für diejenigen geschaffen wird, deren Einkommen nicht sofort an den neuen Preisstandard angepasst werden kann. So entstanden zwei Pläne. Den ersten möchte ich nur ganz kurz an der Peripherie streifen, das ist der des Preisspiegels. Es ist zwar viel verhöhnt und verlacht worden, und doch glaube ich, dass er in seiner Wirkung wesentlich bedeutungsvoller war, als man heute anzuerkennen bereit ist, denn wir sind uns alle klar: Nach 15 Jahren Preisstopp müssen nicht nur alle Preise in sich, sondern auch untereinander falsch sein, und also kann auch das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen nicht mehr richtig sein.

Das heißt also, jeder einzelne Staatsbürger hat das Gefühl dafür verloren, welchen Anspruch er an das Sozialprodukt stellen kann und welches im Verhältnis zu seinem Lohn und Einkommen etwa der richtige Preisstandard wäre. Orientierte er sich an dem Friedensstandard, so gehört wenig Kenntnis dazu, dass das eine Illusion sein muss, denn die lange Abschnürung der Welt kann nicht spurlos an der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft und damit an der Lebenshaltung unseres Volkes vorübergehen. Auf der anderen Seite war es ebenso richtig, dass die Preise, die sich in den Schaufenstern darboten und die in jedem Schaufenster anders aussahen, auch kein sicherer Führer durch unsere Märkte gewesen waren. Wir wollen ein großes Maß von Stabilität und Beruhigung herbeiführen, indem wir dem Volk sagen, was nach Maßgabe der derzeitigen Produktivität und damit auch Produktionskostenmäßig ein angemessener Preis wäre. Wir glaubten, damit nicht nur dem Verbraucher eine gewisse Beruhigung zu geben, sondern gleichzeitig in den Kreisen des Handels und der Industrie ein größeres Maß von Disziplin zu wecken. Ich glaube, das ist in gewissem Grade erreicht worden. Man machte uns aber den Vorwurf, dass wir hier mit dem theoretischen Instrument ein tie-

fes soziales Übel heilen wollten. Und deshalb entstand der Gedanke des Jedermann-Programms.

Das Jedermann-Programm bedeutet praktisch eine Maßnahme, die es ermöglichen soll, für diejenigen Schichten unseres Volkes, die bei der Auffindung eines neuen Preisstandards zunächst zu kurz kommen, weil ihre Löhne nicht sogleich in das richtige Verhältnis zum neuen Preis kommen können, eine Art Schutzzone zu schaffen, die ihnen eine optimale soziale Bedarfsdeckungsmöglichkeit bieten. Wir haben also einen gewissen Teil der Marktfülle abgegrenzt von dem Angleichungsprozess. Das Jedermann-Programm ist also nicht etwa das Zeichen einer neuen Wirtschaftspolitik oder neuen Wirtschaftsform, es ist eine Notmaßnahme. Und es ist eine Übergangsmaßnahme. Wenn wir nämlich im Zuge dieses Konsolidierungsprozesses, den ich geschildert habe, mehr und mehr zu einer Stabilität des Preisniveaus kommen, wird es uns möglich sein, die Relation zwischen Einkommen und Preisen zu schaffen. Und ich möchte meinen, dann wird es möglich sein, der Arbeiterschaft oder überhaupt der minderbemittelten Bevölkerung einen richtigen Anteil an unserem Sozialprodukt zuzumessen. Denn das ist ganz sicher, wenn mit einer gleichen Belegschaft in den Unternehmungen eine um 50 Prozent höhere Leistung erzielt wird, dann muss sich der Lebensstandard unseres Volkes verbessern, in stärkerem Maße, als das bereits heute zum Ausdruck gekommen ist.

Wir sind noch lange nicht am Ende, und wir haben noch manche Angleichung bis zur völligen Gesundung zu vollziehen. Ich sehe meine Aufgabe im Besonderen darin, Ruhe und Zuversicht und Gewissheit auszustrahlen, dass das, was sich heute ereignet, nicht etwa ein Chaos bedeutet, das unseren Händen, unserer bewussten Beeinflussung entglitten wäre. Wir haben die Wirtschaftspolitik voll in der Hand, auch ohne dass wir den einzelnen Staatsbürger in der Hand haben, wie das im Zeichen der Zwangswirtschaft möglich gewesen ist.

Wir wissen genau, was sich ereignet. Wir wissen auch genau, wo die Grenze liegt und was wir unternehmen müssen, um die sozialen Spannungen nicht zu politischen Gefahren werden zu lassen und nicht die Wohlfahrt unseres Volkes im Ganzen über Gebühr zu verkürzen. Das ist also der Sinn dieses Jedermann-Programms. Bis wir zu dem volkswirtschaftlichen Gleichgewicht kommen, nehmen wir einen Marktsektor heraus als Schutzgebiet für diejenigen Einkommen, die wegen der mangelnden Anpassungsfähigkeit noch eines besonderen sozialen Schutzes bedürfen. Wir wollen jetzt noch ein weiteres erreichen. Es ist in den 15 Jahren der staatlichen gelenkten Wirtschaft allmählich jeder Wettbewerbsgedanke verloren gegangen. Unsere Wirtschaft hat es abgelehnt, miteinander in Wettbewerb zu treten, weil sie es teils unter einer besonderen Konjunktur, teils unter dem besonderen Zeichen eines Systems nicht notwendig hatte. Es war alles sehr bequem, man hat produziert, ob wirtschaftlich oder unwirtschaftlich, war gleichgültig. Man musste die Ziffern für eine gewisse Kalkulationslinie einhalten, war an die Empfehlungen der Behörden gebunden. Das ist kein Prinzip, mit dem wir uns aus unserer Not herausarbeiten können. Wir brauchen den Leistungswettbewerb so bitter wie nur je. Und wenn sich heute bereits in unserer Wirtschaft die Zeichen, dass er lebendig wird, mehren, und wenn manche das mit Sorge erfüllt, kann ich nur sagen: Ich freue mich darüber von ganzem Herzen, weil ich glaube, dass dies der Anfang der Gesundung ist. Ich möchte hier auf Beispiele verzichten, weil ich nicht von bestimmten Industriezweigen sprechen will, aber es gibt deren immerhin viele, und das ist wirklich der Anfang einer Gesundung. Denn ohne Leistung geht es eben nicht, und ich sage so und so oft schon den Unternehmern, sie handeln in einer völlig falsch verstandenen Solidarität und Kollegialität, die großgezüchtet worden ist in Kartellen, in Fachgruppen wirtschaftlicher Verbände, wenn sie darauf ausgehen, jede Chance gleichmäßig unter alle zu verteilen und jede Last auch möglichst gleichmäßig, oder wie sie sagen, möglichst gerecht umzulegen. Das ist gerade das Gegenteil von Gerechtigkeit, und in manchem Zweig unserer Volkswirtschaft besteht nach meiner festen Überzeugung – und ich sage es ganz deutlich, vor allem im Handel – eine so weitgehende Übersetzung, dass es gar

nicht möglich sein wird, das alles am Leben zu erhalten. Ich glaube, je eher die Tüchtigsten in der gewerblichen Wirtschaft die sich wirklich die Kraft zutrauen, aus eigener Leistung zu bestehen, daraus die Konsequenzen ziehen und sich rühren und ihre Position zu festigen und zu behaupten versuchen, desto eher wird es wieder besser werden. Ich kann mich nur wundern, dass immer der allerhärteste Druck notwendig ist, um Einsichten zu erzeugen, die auf Grund einer gedanklichen Erkenntnis ohne weiteres möglich wären. Aber ich glaube nicht falsch zu prophezeien, wenn ich sage, dass im nächsten Jahr dieser Reinigungsprozess sehr deutlich sichtbar werden wird. Und wenn ich ganz brutal einmal sprechen möchte, dann sage ich: Ich warte darauf, dass in unseren Zeitungen wieder eine Rubrik steht: Konkurse und Vergleichsverfahren, und ich werde das nicht als Zeichen einer Krise werten, sondern als Zeichen der Gesundung. Das muss man hier mit aller Offenheit einmal aussprechen, denn eben dieses Schattendasein, das künstlich gezüchtet worden ist in den letzten 15 Jahren, verträgt sich nicht mit einer Wirtschaft, die auf Leistung beruhen muss, um unsere Not zu beenden. Und ich glaube, dass die staatliche Zwangswirtschaft oder Befehlswirtschaft oder Planwirtschaft, wie Sie es nennen wollen, nicht das richtige Mittel wäre, um uns zu erlösen. Denn dieses System tötet jedes Persönlichkeitsstreben, jede Initiative. Wir müssen zur Leistung kommen, zum Leistungswettbewerb. Und wie unsere Volkswirtschaft gelagert ist, ist unser Sozialprodukt noch nicht so mannigfaltig und bunt, als dass alle die Existenzen, die sich insbesondere in den letzten Jahren eingeschmuggelt haben, auf die Dauer gedeihen könnten.

Der Gesundungsprozess unserer Volkswirtschaft ist im Fortschreiten begriffen, und wir können nicht etwa aus irgend einer Illusion oder einer dogmatischen Gebundenheit heraus auf den richtigen Weg kommen. Wenn ich dazu noch in Betracht ziehe, dass wir gerade in dem letzten halben Jahr vor der Währungsreform unter besonderen Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen hatten, dass wir, obwohl wir schon seit dem 1. April auf Hilfe aus dem Marshall-Plan rechnen konnten, aber unter den besonderen Modalitäten des Verfahrens und der Überwindung der Ausgangsschwierigkeiten der Prozedur bis heute so gut wie nichts erhielten, dass aber jetzt in den letzten Wochen eine derartige Fülle von Kontrakten abgeschlossen wurden, dass wir in den ersten Monaten des Jahres 1949 mit sehr reichlichen Einfuhren rechnen können, die auf manchen Gebieten eine Art von Rohstoffschwemme hervorrufen werden, dann bin ich überzeugt, dass wir auch von der Produktionsseite heilend und helfend eingreifen können. Und nur von dieser Seite aus kann die Rettung kommen. Alle anderen Maßnahmen gehen an dem Tatbestand vorbei.

Ich weiß nicht, woher meine Kritiker, die nach Planwirtschaft in irgendeiner Form rufen, den Mut nehmen, zu sagen, dass die Planwirtschaft von 1949 eine wesentlich bessere sein sollte als die von 1945 bis 1948. Ich habe nur gesehen, dass sie zu einer völligen Enteignung gerade derjenigen führte, denen diese Kritiker helfen wollen.

Meine Damen und Herren! Es ist eine völlige Verkennung, zu glauben, dass die Planwirtschaft etwas gewesen wäre, gegen das sich die Unternehmer geäußert haben und für das alle Arbeiter begeisterte Anhänger gewesen seien. Ich habe einen anderen Eindruck. Wenn sich jemand gegen die Planwirtschaft wenden müsste, dann wären es die Arbeiter gewesen, denn die sind nicht in den Besitz von Waren gekommen, sondern in den Besitz von Nominaleinkommen und völlig enteignet worden. Die Unternehmer, ich muss das mit Bedauern feststellen, haben sich in der Planwirtschaft sehr wohl gefühlt. Sie hatten ihre Kontingente, ihren sicheren Absatz, ihre sichere Beschäftigung, und wenn sie auch nicht gerade üppig geworden sind, hatten sie ein gutes Dasein, wenn sie ein weites Gewissen hatten; und was ihre persönliche Lebenshaltung anlangt, da konnten sie soviel kompensieren, um den Lebensunterhalt erträglich zu machen. Von dieser Seite hatten sie keinen Anlass, Gegner der Planwirtschaft zu sein. Und leider haben sich auch in den letzten 15 Jahren allzu viele zu diesem System bekannt.

Wenn Sie die große Masse unseres Volkes vor die Wahl stellen, ob sie wieder Sklaven einer Bürokratie werden soll, oder ob nicht die heutigen Zustände sympathischer sind, insbesondere, wenn sie erkennt, dass das heutige Bild

ein vorübergehendes Stadium bedeutet, und dass nach meinem ehrlichen Streben und nach meiner festen Überzeugung ein anderes Ergebnis herauskommt, die optimale Bedarfsdeckung für unser Volk, dann möchte ich meinen, dass die Antwort nicht zweifelhaft sein kann.

Also, meine Damen und Herren, die Dinge wandeln sich gerade von dem Augenblick aus, in dem wir stehen, sehr schnell und ich kann nur allen sagen, die etwa noch die finanzielle Möglichkeit haben, spekulative Momente allzusehr obwalten zu lassen, dass sie wahrscheinlich falsch beraten sind, wenn sie glauben, die Zurückhaltung von Waren würde sich z.B. im Hinblick auf den Finanzstichtag vom 31. Dezember als besonders lohnend erweisen. Ich kann mir vorstellen, dass diese Spekulation sehr abwegig ist, denn in manchen Kreisen zeichnet sich ab, dass Einbrüche und Umbrüche vorhanden sind, teilweise in recht erheblichem Maße.

Neben dem Jedermann-Programm, das wir ausweiten wollen auf das Maß, das notwendig ist, um die anzuerkennenden Bedürfnisse der breiten Massen unseres Volkes zu befriedigen, ist es uns jetzt auch noch zusätzlich gelungen, der Militärregierung ein Zugeständnis abzurufen, nämlich die Preisbindung der zweiten Hand. Ich bin weit davon entfernt, einen bestimmten Berufsstand besonders zu verdächtigen oder in höherem Maße als unzuverlässig zu bezeichnen, aber die Preisbindung der zweiten Hand schafft ein sehr starkes Regulativ, das wir anwenden wollen, da wir glauben, dass wir in der Preisentwicklung nahe an dem Beruhigungspunkt angelangt sind, und weil eine ganze Reihe von Industriezweigen zu uns gekommen sind und gesagt haben: Wir sind bereit, unsere Preise zu senken im Ausmaß zwischen fünf und 20 Prozent etwa, wenn wir nur die Gewissheit haben können, dass diese Preisverbilligung auch dem letzten Verbraucher zugute kommt. Natürlich kann niemand hier eine absolute Garantie dafür übernehmen, und aus diesem Grunde waren wir bestrebt, die Preisbindung der zweiten Hand in einer möglichst modifizierten Art und Weise genehmigt zu erhalten. Und das ist uns gelungen, d.h. der Fabrikant, der ein bestimmtes Produkt herstellt, hat die Möglichkeit, den Endverbraucherpreis festzulegen, aber nicht durch einen Reversvertrag, sondern über die Verwaltung für Wirtschaft bzw. das zuständige Wirtschaftsministerium. Damit erreichen wir, dass die nicht mehr funktionsfähige Preisüberwachung von Seiten der Behörden dezentralisiert ist auf die Wirtschaft und dort in starkem Maße wirksam und erfolgreich ist. Die Behörden waren dahingesunken, dass es nicht möglich war, dafür Sorge zu tragen, dass z.B. das Gebot der Preisüberwachungspflicht befolgt wird. Wie wollen Sie der Behörde noch sehr viel weitere Kontroll- und Überwachungsaufgaben aufbürden, wenn nicht einmal das Primitivste an Kontrolle überhaupt bewerkstelligt werden kann. Wenn ich aber den einzelnen Fabrikanten zubillige, für seine Produkte einen Endverbraucherpreis zu bestimmen, an dessen Einhaltung er unmittelbar interessiert ist, nehme ich hier eine Dezentralisierung und Vervielfältigung der Überwachung vor, die nach meiner Überzeugung ihre Wirkung ausübt. Und das wird auch das Jedermann-Programm, das auf der einen Seite, im Verbraucherpreis, gebunden ist, auf der finanziellen Ebene keine Starrheit, aber eben ein hohes Maß von Kontrolle in der Sphäre des Einzelhandels haben wird. Dann haben wir immerhin aus dem Bereich der Wirtschaft einen Sektor herausgenommen, bei dem auch die Dynamik oder der Ausgleichsprozess zwischen Geldvolumen und Gütervolumen nicht mehr zu so weiten sozialen Spannungen führt.

Das geht sogar noch weiter, als ich geschildert habe. Denn darüber hinaus haben wir Anstrengungen unternommen, um auf dem allerbedrohlichsten Gebiet der Textilwirtschaft durch Einfuhr von Fertigwaren nicht nur eine dringende Bedarfslücke zu schließen, sondern gleichzeitig einen Druck auf die Preise auszuüben. Es werden im nächsten halben Jahr, wie ich annehmen kann, für etwa 50 Millionen Dollar Fertigwaren, Textilartikel, auf dem deutschen Markt erscheinen zu Preisen, die das deutsche Angebot unter Druck setzen werden. Ich glaube, das alles kann man heute machen, da die Angleichung und Bindung und Stabilisierung eines neuen Preisniveaus an das Geldvolumen des Weltmarktstandards nicht soweit fortgeschritten ist, dass wir mit diesen Preisbeeinflussungsmaßnahmen eine währungspolitische

Maßnahme hervorrufen.

So sehr auch diese marktwirtschaftlichen Prinzipien ablehnend kritisiert wurden, so klar ist es doch auch geworden, dass nur allein dieses Prinzip geeignet ist, unserer Währung die Stabilität zu geben, die erforderlich ist, um uns auch im Verkehr nach außen eine sichere Basis zu verschaffen. Es ist kein Zufall und es ist auch nicht etwa von mir beeinflusst, dass die Bank Deutscher Länder in einer offiziellen Verlautbarung erklärt hat, die marktwirtschaftliche Freiheit ist unerlässlich zum Funktionieren unserer Währung und dass die Bank Deutscher Länder alle die für den Schutz der deutschen Währung verantwortlichen Instanzen warnt vor einem Rückfall in die Bewirtschaftung oder in die Form der staatlichen Preisbildung.

Hier kommt etwas anderes hinzu, was gerade in Hamburg besonders lebhaften Widerhall finden muss, nämlich die Verbindung unserer deutschen Wirtschaft zu der übrigen Welt. Wir haben nur dann eine Chance, bestehen zu können, wenn wir nicht durch künstliche Verzerrung unseres Preisniveaus, wie sie sich eben darstellte auf Grund der natürlichen Bedingungen und unserer Leistungsfähigkeit, wenn wir nicht ein weiteres Mal die Ventile verstopft halten, wenn wir nicht durch künstliche Manipulationen unserer Währung irgend einen bestimmten Außenhandelskurs aufoktroieren wollen, sondern wenn wir wirklich durch eine freie marktwirtschaftliche Entwicklung eine Währung schaffen, die auch das Vertrauen des Auslandes verdient.

Ich habe in den letzten Tagen darauf hinweisen können, dass die Errichtung eines Preiskommissars mit den Vollmachten zum künstlichen Eingreifen in das deutsche Preisniveau nach meiner Überzeugung das beste Mittel wäre, um das Vertrauen des Auslandes in unsere Wirtschaft und in unsere deutsche Währung gerade in dem Augenblick zu erschüttern, da wir wissen, dass die Sperre für die Anlage ausländischer Kapitalien in Deutschland fallen wird. Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich sage, dass gerade in der letzten Zeit ausländisches Kapital sich in immer stärkerem Maße am Aufbau der deutschen Wirtschaft interessiert. Es kann also bei uns wirklich nicht so schlecht sein, wie man vielfach glauben machen will, dass gerade jetzt die Dinge so chaotisch seien, dass man mit allen Zwangsmitteln eingreifen müsse, wenn gerade in diesem Augenblick das Ausland immer stärker Vertrauen zu unserer deutschen Wirtschaft, zu unserer Kaufkraft und zu den gesunden Grundlagen unserer Wirtschaft fasst. Ich glaube, wenn ich wieder nach Hamburg kommen werde, dann sind wir an einem Zustand angelangt, dass uns dann auf diesem oder jenem Gebiet insbesondere über die offizielle Hilfe des Marshall-Planes hinaus auch durch private Kredite Unterstützung unserem wirtschaftlichen Aufbau zuteil geworden ist. Aber ich bin der Überzeugung – und wer die Weltpresse verfolgt, der kann es darin lesen – dass gerade die Marktprinzipien, die wir zur Anwendung gebracht haben, geeignet waren, das Vertrauen in unsere Kraft und unsere Ehrlichkeit zu stärken.

Und nun zu unseren deutschen Exporteuren.

Wir haben in diesem Jahr bis einschließlich November einen Export in Höhe von 560 Millionen Dollar erreicht. Ich weiß nicht, ob Sie das als viel oder wenig empfinden, aber immerhin bedeutet es gegenüber dem vorhergegangenen Jahr einen ungeheuren Fortschritt, und nachdem die Planzahlen, die man vorausschätzt, ja ganz bestimmt immer optimistisch gegriffen sind und für das Jahr 1948 mit insgesamt 600 Millionen Dollar veranschlagt waren, während wir heute wissen, dass wir mindestens 650 Millionen Dollar erreichen werden, dann ist das immerhin ein Grund, um nach dieser Richtung hin mit Zuversicht der weiteren Entwicklung entgegen zu sehen. In dem Zusammenhang spielt auch der so genannte Umrechnungskurs von 30 Cent eine besondere Rolle. Ich weiß, dass an diesem Umrechnungskurs vielfach Kritik geübt worden ist, mit anderen Worten, er ist zu hoch empfunden worden. Ich bin mir selbstverständlich auch bewusst, dass eine ganze Reihe von Industriezweigen mit 30 Cents nicht mehr oder mindestens nicht mehr in vollem Umfang wettbewerbsfähig ist auf den Weltmärkten. Aber trotz aller Einwände kann ich mich nicht entschließen, von dem 30-Cent-Umrechnungskurs abzugehen, da er einer der stabilisierenden Faktoren unserer Wirtschaft ist, und es hat sich jetzt auf manchen Gebieten, zuletzt auf dem Gebiet

der Häute und Felle, gezeigt durch Preissturz, dass auch der 30-Cent-Kurs doch der Preisentwicklung nach oben – das gleiche gilt zur Preisentwicklung von Eisen – eine Grenze setzt von außen her, die einfach nicht überschritten wird. und damit ist ein weiterer stabilisierender Faktor in unserer Wirtschaft gegeben. Aber das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Entscheidend ist auch, dass wir wesentlich mehr einführen müssen als in diesem Jahr. Wenn wir um zwei Milliarden Dollar importieren und nur um sechs oder 700 Millionen Dollar exportieren, dann würde ein Abgehen vom 30-Cent-Kurs auf den 27- oder 26-Cent-Kurs eine wesentliche Verteuerung unserer Einfuhr mit sich bringen, ohne dass nach meiner Überzeugung der Export eine so starke Förderung erfahren würde, dass sich dieses Opfer lohnt. Aber auch das ist nicht einmal das letzte Entscheidende, das mich hier zu einem gewissen Verharren bestimmt, der entscheidende Faktor ist der, dass wir nach meiner festen Überzeugung in außenhandelspolitischer Hinsicht zu einer vollständigen Renaissance unseres Denkens gelangen müssen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt. Wir brauchen nicht zu untersuchen, wie es dahin kam und wer der Schuldige ist, ich glaube, hier müssen alle Völker sagen, dass sie allzumal Sünder sind, wenn man den Dingen auf den Grund geht. Wir in Deutschland haben auch unser gerüttelt Maß daran zu tragen.

Aber sei es, wie es sei. Es ist auf alle Fälle dahin gekommen, dass mit künstlichen Mitteln, sei es mit Subventionen offizieller oder versteckter Art, durch einen Missbrauch der Handels- und Zollpolitik bis hin zu einem Missbrauch der Währungspolitik alle Mittel versucht wurden, um sich auf dem Gebiete des internationalen Handels Vorteile zu erlisten und zu erreichen, die mit ehrlichen Mitteln nicht mehr errungen werden konnten. Auf alle Fälle sind die Verhältnisse heute derartig verfilzt, dass nur eine befreiende Tat hier die Rettung bringen kann, und wenn ich auch nicht eingebildet genug bin, zu glauben, dass gerade wir in unserer Bedrücktheit am meisten berufen wären, hier ein Beispiel zu geben, so bin ich doch der Meinung, dass wir verpflichtet sind, einen Beitrag zur Lösung des außenpolitischen Problems zu leisten, und desgleichen bin ich der Überzeugung, wir sollten von einem Prinzip abgehen, das dahin geht, zu sagen, alle Industriezweige exportfähig zu gestalten. Ich bin der Meinung, dass wir wieder dahin kommen müssen, dass eine Volkswirtschaft nur insoweit Berechtigung hat, am internationalen Warenaustausch teilzunehmen, als sie durch ihre spezifischen Leistungen, auf welchen Gebieten es auch sei, einen Vorsprung vor allen anderen Wettbewerbern in der Welt errungen hat und deshalb auch nicht mehr durch Monopole Industriezweige künstlich auf internationalem Gebiet wettbewerbsfähig erhalten sollte, wo diese Wettbewerbsfähigkeit nur mit solchen Mitteln erlangt werden kann.

Ich hatte bei meinem Besuch in London Gelegenheit, derartige Fragen auch auf offizieller Ebene zu erwägen, und da ist mir eine gleiche Haltung begegnet.

Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, dass man in England unserer Entwicklung, wenn man sie auch vom politischen Sektor her begrüßt und zu fördern geneigt ist, vom rein ökonomischen Gesichtspunkt nicht mit voller Befriedigung entgegenseht. Wenn wir z.B. Sorge tragen, ob es gelingt, in relativ kurzer Zeit in den nächsten Jahren einen Export von 2,8 Milliarden Dollar zu erzielen, dann ist man in England geneigt, zu sagen, ja, uns bewegt die Sorge, ob sie es erreichen werden.

Meine Damen und Herren! Das ist natürlich keine Lösung. Die Dinge sind tatsächlich ernster, und ich habe mich bemüht, Verständnis dafür zu wecken, dass wir mit kleinen Mitteln hier wahrscheinlich keine Lösung finden werden. Vielleicht muss man hier weiter zurückblicken in der Geschichte, um zu gesunden Grundsätzen zu kommen. Es ist noch gar nicht allzulange her, dass z.B. Deutschland der beste Kunde englischer Maschinen und England der beste Kunde der deutschen Maschinenindustrie gewesen ist. Das waren also gerade Gebiete, auf denen beide Länder Anspruch darauf erheben konnten, eine führende Stellung in der Weltwirtschaft einzunehmen. Trotzdem waren sie gegenseitig ihre besten Kunden. Es ist völlig die Einsicht verloren gegangen, dass ein Volk nicht verkaufen kann auf den Weltmärkten, ohne Waren in

gleichem Umfang kaufen zu müssen und dass die Dinge sich notwendig ausgleichen, dass es unmöglich ist, dass ein Land, aus welchen Notwendigkeiten auch immer, der Meinung sein kann, es sei berufen oder in der Lage, einen bestimmten Markt zu sättigen mit irgendwelchen Gütern und dass dann für andere kein Raum mehr bliebe. einen Sättigungsgrad des Bedarfs gibt es nicht, und deshalb bleibt Platz für alle, und deshalb müsste jedes Land, das an der Erhöhung des Außenhandelsvolumens interessiert ist, ein Interesse haben, dass möglichst viele Partner sich finden, die das gleiche Betreiben haben.

Nach meiner festen Überzeugung wird es dahin kommen, dass wir entweder – alle Industriestaaten – zu einer Ausweitung unseres Außenhandelsvolumens kommen, oder dass alle auf diesem Gebiete mehr und mehr verkümmern werden, nie aber, dass ein Einzelner für sich allein hier Vorteile wahrnehmen kann und andere distanzieren. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, das schließt sich logisch und begrifflich aus. Es ist nun einmal so in der Welt, dass die primitivsten Ansichten von Jahr zu Jahr sich mehr verfilzen. Auf dem Gebiet des Außenhandels ist das zweifellos der Fall, und ich glaube, das wäre das Gebiet, wo sich die Volkswirtschaftler zusammenschließen müssten, um einen befriedigenderen Ausweg zu finden. Denn ist das nicht der Fall, dann wird es nach meiner festen Überzeugung zu Spannungen führen, die nicht begründet sind, wenigstens nicht nach dem ursprünglichen Lauf der Ereignisse, sondern die entstehen aus einer Befangenheit, aus Vorstellungen, die aus einer kranken Zeit resultieren. Ich weiß nicht, was wie Deutsche tun können, um das Problem zu lösen, aber ich jedenfalls von meiner Seite aus fühle die Verpflichtung hier zu sprechen, und ich glaube auch, dass nicht mehr allzu lange Zeit vergehen wird, dass man allgemein darüber sprechen muss. Wenn Deutschland seinen Export auf 2,8 Milliarden Dollar erhöhen will, dann steht dahinter nicht etwa ein nationalistisches Streben oder imperialistische Tendenz, sondern uns treibt dazu die bittere Armut und die Notwendigkeit, um überhaupt nur die primitivsten Existenzgrundlagen unseres Volkes zu sichern. Man kann diese Forderungen nicht verkennen, nicht durch Konkurrenzgesichtspunkte aus der Welt schaffen, sondern sie müssen anerkannt werden und können anerkannt werden, wenn wir zu gesunden und vernünftigen Prinzipien des Güteraustausches zurückfinden. Das ist eine der ernstesten Aufgaben, vor denen wir stehen, wie ich überhaupt der Meinung bin, dass heute die Zeit reif ist oder reif wird für manche Korrekturen, auch für das Problem der Demontage. Ich sehe gar keinen Grund, warum man nicht darüber offen sprechen soll. Wir wissen alle, welche Schuld wir auf uns geladen haben, und wir wissen auch, dass wir die Opfer tragen müssen. Wir wollen das mit Würde und Anstand tun. Und ich glaube, alle, auch der deutsche Arbeiter, haben volles Verständnis dafür, dass wir über die Opfer, die uns aufgebürdet werden hinaus auch noch zur Wiedergutmachung das eine oder andere beitragen müssen. Aber niemals wird er Verständnis dafür haben, dass ihm in dem Augenblick, wo er sehen muss, dass er nur durch seine Arbeit und durch seine eigene Leistung nicht nur sein eigenes Schicksal wenden kann, sondern zusätzlich beitragen will und beitragen muss zum europäischen Wiederaufbau, dass man in diesem Augenblick das Werkzeug aus der Hand schlägt, mit dem er berufen ist, diese Leistungen zu vollbringen. Man kann von einem Volk jedes Opfer verlangen, aber keineswegs kann man ihm zumuten, nicht arbeiten zu dürfen und seine Arbeit voll zur Auswirkung kommen zu lassen.

Nun in diesem Zusammenhang noch etwas anderes: Das ist der so genannte Industriestandard und mit ihm auch zugleich der Lebensstandard, der uns vorgeschrieben sein soll. Wir brauchen keine Worte darüber zu verlieren, wenn es sich um Industrien handelt, die für die Rüstungswirtschaft von Bedeutung sind. Ich würde über diese Frage nicht mit reinem Herzen sprechen, wenn ich nicht die Überzeugung hätte, dass ich zugleich der Dolmetsch des deutschen Volkes bin. Man kann einem Volk den Lebensstandard nicht in starrer Weise vorschreiben. Es ist unmöglich, dass der Lebensstandard eines Volkes unabhängig von seinem Fleiß, von seiner Tüchtigkeit, von seiner Anstrengung aus irgendeiner politischen Zielsetzung gegeben wird und ohne

Parallele steht zu den Leistungen anderer Völker. Ich kann von einem Volk Wiedergutmachung fordern. Dann wollen wir sie ehrlich leisten, aber wir wollen arbeiten und wir wollen einen Lebensstandard in der Höhe, der unserem Arbeitsfleiß, unserer Tüchtigkeit, unserer Zielstrebigkeit, unserem ehrlichen Willen entspricht.

Es ist so spät geworden, dass ich auf manches, was ich in Parallele der deutschen Volkswirtschaft zu anderen Volkswirtschaften noch sagen wollte, verzichten muss. Aber ich glaube immerhin, dass ich versucht habe, Ihnen einen Einblick in die wirtschaftspolitischen Grundsätze und Zielsetzungen zu geben, in Ihnen auch das Vertrauen zu wecken, dass es nicht so ist, wie man es auf der Straße hört, dass wir ohnmächtig einem Beginn zusehen, dessen wir nicht mehr Herr werden können. Nein, meine Damen und Herren, weit davon entfernt. Erstens möchte ich sagen: Wenn ich heute noch einmal am 20. Juni stehen und die volle Entscheidungsfreiheit im Besitz der Vollmachten, die mir gegeben waren, hätte, den oder jenen Weg zu gehen, ich würde nichts anderes machen, als was ich gemacht habe. Und zweitens: Ich bin über die Entwicklung, soviel Störungen und Spannungen sie auch gebracht haben mag, nicht überrascht worden. Ich bin auch der Meinung, dass die Zuversicht, dass mit der höheren Produktivität sich auf die Dauer die kostensenkenden Tendenzen durchsetzen und zu einer Verbesserung des Lebensstandards führen werden. Dass wir in der Gesundung und in der Konsolidierung unserer Wirtschaft soweit fortgeschritten sind, dass die Sorgen, die uns morgen bewegen, vielleicht ganz anderer Art sein werden als diejenigen, die uns heute unüberwindlich erscheinen. So wie bei der Entwicklung in den letzten Monaten es aussieht, als ob eine Preisentwicklung noch immer keine Grenze finden wollte, als ob das Chaos ausgebrochen wäre. Keine Arbeitslosigkeit ist aufgetreten. Im Gegenteil, eine Vollbeschäftigung. Es ist nicht zu übersehen, dass wir auch in einem Zustand hineinkommen könnten, wo sich die Sorgen mehren werden, wo die Preise eine sehr stark sinkende Tendenz einschlagen werden. Aber wenn die anderen Sorgen eintreten, ist es denn möglich, die Beschäftigungszahl weiter aufrecht zu erhalten, und wo wir uns rechtzeitig darüber besinnen müssen, welche Mittel und Wege am geeignetsten sind, diese ganz anderen Sorgen mit anderen Vorzeichen in unserer Wirtschaft zu bannen.

Die Dynamik ist nun entwickelt. Die Dynamik ist aber etwas Fruchtbare. Die künstliche Starrheit der Zwangswirtschaft kann zwar auf dem Papier, im Rechenexempel aufgehen, aber das wirkliche, lebendige Leben geht eben an dem Papier und an den Zahlen vorbei. Und nachdem wir jetzt den Mut gehabt haben und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch weiter haben werden, nichts mehr vertuschen zu wollen, was in unserer Volkswirtschaft sich anbahnt, glaube ich, dass wir gerade deshalb zu der Beweglichkeit auch zurückfinden, ohne die eine Marktwirtschaft auf die Dauer nicht denkbar ist. Ich kann mir vorstellen, dass auch heute – wie immer – die Kritiker einwenden werden, eine Marktwirtschaft unter den Beengungen, unter denen die deutsche Volkswirtschaft leidet, ist nicht möglich. Diese Beengungen kenne ich auch und weiß, welche Gefahren und Folgen diese Beengung, diese geringe Elastizität und Anpassungsfähigkeit mit sich bringt, aber ich weiß, dass es keinen anderen Weg geben kann. Wir haben das Schwierigste überwunden, wenn es uns in Kürze gelungen sein wird, die durch die Währungsreform unorganisch geschaffene Kaufkraft zu absorbieren, vom Konsumentengeld zum Produzentengeld werden zu lassen. Wenn wir dahin gekommen sind, haben wir auch eine gleichgewichtige Wirtschaft insoweit, dass dann auch jede entstehende Kaufkraft güterwirtschaftlich gedeckt ist. Es ist ein geradezu grotesker Fehlschluss, wenn man glaubt, unsere Produktion könne in keiner Weise ausreichen, um den Bedarf zu befriedigen. Wenn sie den Bedarf verstehen als das psychologische oder physiologische Bedürfnis, stimmt das selbstverständlich. Das Bedürfnis der Menschen ist nur im Schlaraffenland zu decken, nicht aber in einer Wirtschaft, die nach ökonomischen Gesetzen handeln muss. Bedarf bedeutet kaufmännisch gedeckte Nachfrage, und in einer gesunden Wirtschaft, die nicht mehr von der Etatsseite her, von der staatlichen, finanziellen Seite her durch misswirtschaftliche Eingriffe gestört wird, gibt es kei-

nen anderen Weg, als dass jede Kaufkraft, die in einer Volkswirtschaft entsteht, nur entstehen kann mit einer produktiven, d.h. güterschaffenden Leistung. Und darüber haben wir auch, wenn dieses Geld aus der Währungsreform, das unorganisch als Konsumentengeld eingestreut und über einen sehr spannungsreichen Prozess neutralisiert wurde, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, dieses Gleichgewicht. Dann kommt auf dem Markt nur soviel Nachfrage, als auch Güter dort sind, dann ist nicht mehr jede Ware zu jedem Preis absetzbar, sondern muss ihren Käufer suchen, und dann muss der Wettbewerb sich entfachen und dann kommen wir zur gesunden Wirtschaft.

Das ist der Weg, der einzig mögliche Weg zur Gesundung, und wir befinden uns mitten auf diesem Wege, und deshalb ist auch Zuversicht berechtigt, dass wir auf der sozialpolitischen Ebene alles tun, um gemeinsam zu der endgültigen Lösung durch eine soziale Handlung zunächst des Jedermann-Programms, der Preisbindung der zweiten Hand, eingeführte Exportwaren usw. ein Optimum an Bedarfsdeckung sichern. Am Ende steht die Wettbewerbswirtschaft, auf Leistungen begründet mit dem Gleichgewicht zwischen Kaufkraft, Nachfrage und Güterangebot. Wenn ich Ihnen von dieser Überzeugung etwas vermitteln konnte, dann sehe ich meine Aufgabe als gelöst an.

Die Zwangswirtschaft ist kein Mittel, und wenn ich an die Kämpfe denke, die ich zu bestehen hatte in den letzten Monaten, ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich sage, 50 Prozent der Energie wurde nicht durch die sachliche Arbeit gebunden, sondern durch die politischen Ablenkungen zur Verteidigung der Marktwirtschaft, dann will ich das gern auf mich genommen haben. Ich glaube nicht, dass die Feldwebel und Polizisten der Wirtschaft, die glauben, mit Gewaltlösungen vorgehen zu können, dass die Bürokratie und der Polizeiknüppel das Mittel sind, um zu einer gesunden Wirtschaft zu kommen. Ich hoffe, dass in unserem Volke die Überzeugung sich verdichtet, dass dieses Ringen nichts zu tun hat mit parteipolitischen Doktrinen oder mit Dogmen oder orthodoxen Glaubenssätzen, sondern dass dies über Parteien und Meinungen hinweg eine Aufgabe ist, die das ganze deutsche Volk zusammenführen muss, um die nationale Not zu überwinden, um zu neuem Wohlstand zu kommen, zu einem neuen Glück unseres Volkes. ■